

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)**

237 (24.11.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-227302](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-227302)

# Norddeutsches Volksblatt.

557

Versteht täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inseits die viergespaltene Seite 10 A bei Niederholungen Rabatt. Verstehtungsliste Nr. 4787.

Organ für Vertretung der Interessen  
des werththätigen Volkes.

Abonnement bei Vorauszahlung frei in's Haus: vierteljährlich . . . 2,10 „ für 2 Monate . . . 1,40 „ für 1 Monat . . . 0,70 „ excl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 237.

Bant, Freitag den 24. November 1893.

7. Jahrgang.

## Der Bankrott der Harmonie-Apostel.

In aller Stille hat sich ein Ereigniß vollzogen, das an sich unbedeutend ist, aber dennoch eine Art Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung bildet. Die Invalidentasse des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter hat ihre Auflösung beschlossen, trotzdem Dr. Max Hirsch verzweifelte Anstrengungen machte, diesem Beschluß vorzubeugen. Der brave Harmonie-Doktor hatte dazu alle Ursache, denn diese Klasse war die letzte jener selbstthätigen Invaliden- und Altersversorgungsklassen, welche einst die Hirsch-Dunkel'sche Gewerkschaftsbewegung geschaffen hatte. Damit ist der Bankrott der Gewerkschaftsbewegung vollständig; sie hat sich gegenüber der ökonomischen Entwicklung als ohnmächtig erwiesen; die große sozialistische Arbeiterbewegung schreitet über die kläglichen Trümmer der Gewerkschaftslehre hinweg.

Es verlohnt sich, einen Rückblick auf die Gewerkschaften zu werfen, die einst im öffentlichen Leben eine gewisse Bedeutung beanspruchten. Sie hatten die schöne Aufgabe, die Arbeiter unter sich zu spalten und der sozialistischen Auffklärung durch liberales Aporismus die Wege abzugraben. Die deutsche Bourgeoisie, soweit sie Einfluß in die Arbeiterverhältnisse besaß, fürchtete nichts so sehr, als das Erwachen des Klassenbewußtseins bei den Arbeitern und den daraus naturgemäß sich ergebenden Klassenkampf. Die bürgerliche Demokratie hatte schon im Jahre 1848 Alles gethan, um das Klassenbewußtsein bei den Arbeitern nicht aufkommen zu lassen; zu Ende der sechziger Jahre war es die preussische Fortschrittspartei, die sich die Aufgabe stellte, den Arbeiter durch eine eigene Arbeiter-Organisation noch fester in das Joch des Kapitalismus zu schmiegen und sich ihn selbst die Bahn seiner Befreiung vertrammen zu lassen. Während der liberale Sozial-Philister Schulze-Delitzsch den Sozialisten mit einem für alle vernünftigen Menschen komischen Pathos zugeworfen hatte, sie möchten im Menschen nicht „die Bestie entziefeln“, erforderte Herr Franz Dunder und Herr Max Hirsch das famosste Schlagwort von dem „Harmonie der Interessen“ zwischen Kapital und Arbeit. Dem Arbeiter sollte der blaue Dunst vorgemacht werden, er habe ganz die gleichen Interessen wie der Unternehmer, der den Mehrwert an sich nimmt. Daß sich eine Anzahl Arbeiter von solch' großem Unfug betören ließen, hatte seinen Grund darin, daß die sozialistische Bewegung noch im Anfangsstadium begriffen war, gemäß der Entwicklung der Intelligenz, die auch nicht entfernt ihren heutigen Umfang erreicht hatte.

Immerhin mußte man erwarten, die Harmoniebeweise werde nicht lange verhalten und die ganze Geschichte werde bald aus dem Reim gehen. Denn es gehört nicht viel Schärfe des Geistes dazu, zu begreifen, daß der Unternehmer ein Interesse an niedrigen, der Arbeiter ein solches an hohen Löhnen hat, daß also die „Harmonie der Interessen“ ein einfacher Unsinn ist. Darum verband man mit den Gewerkschaften Krankenlasten, Sterbedeulosen, Invalidentassen u. s. w., um die Arbeiter zu fesseln, wie denn auch in der That viele Arbeiter wider ihre bessere Erkenntnis bei den Gewerkschaften verblieben, weil sie ihre Beiträge zu den Klassen nicht umsonst gezahlt haben wollten.

Gemäß der Harmonielehre nahm die Leitung der Gewerkschaften bei den Lohnkämpfen eine vermittelnde Haltung ein. Streiks sollten nur zulässig sein, wenn sie „notwendig“ waren, d. h. wenn sie Herr Max Hirsch für notwendig erachtete. Er vermittelte oft zu Gunsten der Kapitalisten. Aber sie mochten ihn dennoch nicht leiden, denn er ging den brutalsten Ausbeutern in Schellen und anderwärts noch zu weit. Während sie ihn als „Herr“ demüthigten, betheuerte er seine „Harmonie“ und ward dadurch immer mehr zur komischen Figur.

Die Gewerkschaften hatten auch den Zweck, die Arbeiter in politischer Unmündigkeit zu erhalten und sie zum „Stimmvieh“ der liberalen Parteien zu machen. Aber das Alles hatte keine Dauer; die agitatorische Kraft des Sozialismus zog die Arbeiter zu Hunderttausenden an, während den Gewerkschaften trotz aller Aufschwübe ihrer Führer nur ein kümmerliches Aufgebot folgte. Ihre Klassen wurden niemals recht leistungsfähig und die Geschichte von dem Arbeiter Pampel, der so lange mit seinen Anprüchen an Märchens Rodschöffen hing, ist mahnend bekannt. Als endlich die Bismarck'sche Sozialreform kam, war der Verfall der Gewerkschaften und ihrer Klassen vollends besiegelt.

Was als staatliche Versicherung an die Stelle der Gewerkschaften trat, war nicht viel besser. Die Bourgeoisie hat mit ihren Gewerkschaften, der Klassenkampf mit seiner „Sozialreform“ den Beweis geliefert, daß beide in sozialpolitischen Dingen nur kümmerliches Strohwerk zu

leihen im Stande sind. Was kümmerlicher ist, die „Selbsthilfe“ der Bourgeoisie oder die „Staatshilfe“ Bismarck's, darüber mögen sich die Gelehrten streiten.

Als die sozialistischen Organisationen durch das Sozialistengesetz zertrümmert waren, hoffte Max Hirsch einen Aufschwung seiner Machenschaft herbeiführen zu können. 1886 meldete er, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit fünf Jahren von 20000 auf 51000 gestiegen sei. Was daran Wahres gewesen, wissen wir nicht; aber daß wissen wir, daß es mit dem Harmoniebuzel zu Ende ist. Die Mitglieder der oben erwähnten und jüngst aufgelösten Klasse haben selbst erklärt, die Klassen seien ganz am Ende geworden.

In letzter Zeit hatten die Kapitalisten fast sämtlich eine feindliche Stellung gegen die Gewerkschaften eingenommen. Mit der Verschärfung der Konkurrenz witterten sie in jeder Arbeiterorganisation eine Gefahr und ihnen dünkte bei ihrem brutalen Egoismus die Lehre von der „Harmonie“ auch zu dumm, aus dem entgegengesetzten Grund als den Arbeitern. Der journalistische und parlamentarische Klopffechter des Kapitalismus, Herr Eugen Richter, machte aus seiner Abneigung gegen seinen „sozialpolitischen“ Parteigenossen Max Hirsch kein Hehl und dieser Letztere läuft seitdem wie ein verlorenes Schaf umher.

Das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter, das seine Gewalt mehr zurückdrängen kann, hat die Gewerkschaften überwunden, wie es noch manche anderen arbeitersyndikalistischen Organisationen überwinden wird.

## Politische Rundschau.

Bant, den 23. November.

Der Bundesrath hat am Montag den Anträgen der Ausschüsse zu dem Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes und zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichs-Stempel-Abgaben zugestimmt. Ebenso ertheilte der Bundesrath seine Zustimmung zu den mündlichen Berichten der Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung von Unterstufungen an Invaliden aus den Kriegen von 1870 und an deren Hinterbliebenen, über den Entwurf eines Weinsteuergesetzes, über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die anderweitige Regelung des Finanzwesens des Reiches, über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen, sowie über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstufungsmodus und die Ergänzung des Strafgesetzbuches.

Der Ausfall der preussischen Landtagswahlen macht den Konservativen gemäßigt den Ramm schwellen. Aber denn je zuvor treten sie mit ihren reaktionären Projekten auf den Plan. Die „Kreuzzeitung“ sündigt dem Liberalismus den Entscheidungskampf, zunächst auf dem Gebiete der sogenannten „Reform der Volksschule“ nach dem Hebbel'schen Entwurfe an, und bemerkt dazu: „Die Volksschulfrage — muß nach den agrarischen Fragen der Kampfesboden für die konservative Partei in der kommenden Legislaturperiode des Landtages sein; das Banner der christlichen Volksschule dürfen die preussischen Konservativen nicht mehr einziehen, so lange es nicht den Bau löst, der unserer Volksschule die Fortentwicklung im christlichen Geiste gesichert.“ Nun, das Volk wird dann schon mit der päpstlichen Bergemalzung der Volksschule und dem „christlichen Geiste“ der Junker- und Wucherherrschaft sich abfinden verstehen!

Bei dem Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Kaiser wurden politische Fragen kaum berührt, sondern drehte sich die Unterhaltung nur um die Geschäftsteilnahme des Kaisers. Dabei soll der Präsident v. Bockow bemerkt haben, daß die Verhandlungen mit Auslande wegen des Handelsvertrages weniger schnell vor sich gingen als vielfach gewünscht würde. Darin hat der Präsident Recht. Die vom Zollrecht betroffenen wünschlichen eine Aenderung von dessen durch den Handelsvertrag, und die Agrarier brechen vor Ungeduld zu erahren ob man ihrer Begehrlichkeit Rechnung getragen.

Die „Eisässer“. Die acht kirrallen elässlichen Abgeordneten haben endlich beschlossen, vom Eintritt in die Zentrumsparthei abzusehen. Die Gruppe der „Eisässer“ bleibt somit dem Reichstage erhalten.

Gegen die Tabaksteuer-Vorlage zu stimmen, sollen, wie dem „Leipziger Tageblatt“ berichtet wird, sich die 23 sächsischen Reichstagsabgeordneten gegenständig verpflichtet haben. Von diesen Abgeordneten gehören 2 der freisinnigen Volkspartei, 6 der antisemitischen Reformpartei, 5 den Deutschkonservativen, 1 der

Reichspartei, 2 den Nationalliberalen und 7 den Sozialdemokraten an. Die Nachricht ist merkwürdig und nach unserem Dafürhalten nicht Ernst zu nehmen. Was für eine Ursache sollte der eine Abgeordnete haben, sich dem anderen gegenüber zu „verpflichten“? Die von der Regierung abhängigen Nationalliberalen, Konservativen und Antisemiten würden auch schwerlich in der Lage sein, eine oppositionelle Haltung bis zum Schluß zu bewahren. Und die Sozialdemokraten haben wahrlich am wenigsten nöthig, Abgeordneten anderer Parteien gegenüber erst noch ein „Verprechen“, gegen die Tabaksteuer-Vorlage zu stimmen, abzugeben!

Das Militär-Strafverfahren, das anlässlich der Interpellation über Soldatenniederhandlungen in der bayerischen Abgeordnetenversammlung berührt worden, ist neuerdings auch im Finanzausschuss der Kammer zur Sprache gekommen. Der bayerische Kriegsminister Freiherr von Alch hatte bekanntlich in der Kammerdebatte die Verbesserungsbedürftigkeit selbst des bayerischen Militärgerichtswesens, mit dem das preussische gar keinen Vergleich aushalten kann, ausdrücklich zugegeben. Mit Rücksicht darauf richtete der Zentrumsabgeordnete Dr. Daller in der Sitzung des Finanzausschusses vom vorigen Donnerstag an die Regierung die Anfrage, ob die Militärverwaltung eine Gesetzesvorlage einzubringen beabsichtige, welche die Mängel der Militär-Strafprozedur beseitige. Der Kriegsminister erwiderte, „daß eine solche Vorlage um so weniger in Aussicht steht, als er hoffe, daß im Reichstage ein Gesetz zu Stande komme, in welchem die von allen Seiten bei uns (d. h. in Bayern) gemeinsamen Wünsche zum Ausdruck gelangen.“ Wenn der bayerische Kriegsminister, nach den selbstermacheten Erklärungen, wirklich die hier ausgesprochene Hoffnung hegen sollte, würde er einen wohl den meisten unerschütterlichen Optimismus nähren. In Preußen resp. im Reich hat man bisher vergeblich die Einführung des weit besseren bayerischen Strafverfahrens verlangt, und nun sollte nach der Ansicht des Freiherrn von Alch noch ein darüber hinausgehendes Gesetz für das Reich zu erwarten sein?

Wahre Höllequalen erleiden unsere Bourgeois bei dem Gedanken, daß schließlich doch das Reich, seine kostspieligen Militär-Experimente bezahlen zu können, auf die Reichseinkommensteuer, als den letzten Nothanker, verfallen könne. Mit einer Sophisterei fondergelehrten führt daher die „National. Korresp.“ diesen Gedanken abzuwehren. Sie schreibt: „Bei dem Widerspruch gegen die vorliegenden Reichsteuervorläge tritt, sofern er sich nicht ganz mit der Negation begnügt, vielfach der Vorwurf auf, die erforderlichen neuen Einnahmen durch eine Reichseinkommensteuer zu beschaffen. Es scheinen uns aber diesem Vorschlage, auch wenn er im Reichstage auf eine günstige Stimmung zu rechnen hätte, sehr erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken entgegenzutreten. Zunächst würde das wohl begründete System, wonach die direkten Personaleinkommen der Einzelstaaten überlassen bleiben, durchbrochen werden und in die Verschleuderung der deutschen Einkommensteuern würde sich eine gemeinsame Reichsteuer derselben Art nur sehr schwer einfügen lassen. Zudem ist in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Einkommen- und Vermögensbesteuerung nachherade auf eine Höhe getrieben worden, die ohne soziale und wirtschaftliche Schäden nicht mehr übergriffen werden darf. Unter dem Steuerdrucke leiden heutzutage viel weniger die von direkten Steuern betroffenen unteren Klassen, als die mittleren Schichten, die mit Noth die Bedürfnisse des Lebens zu decken vermögen. Gält man eine noch stärkere Veraninerung der Einkommen für möglich und zweckmäßig, so kann es auch mit demselben Erfolge auf dem Wege der Landes-Gesetzgebung und der Abführung an das Reich in Gestalt von Matrularbeitstragen geschehen. Diesen Verlauf wird die Sache ohnehin nehmen, wenn die Reform im Reich nicht gelingt. Gesund ist aber nur eine Ordnung, welche im Rahmen des Reiches durch die Verfassung und die natürlichen Bedingungen angewiesenen Besteuerungsgebiete vorgenommen wird.“ — Die „natürlichen Bedingungen“ sind in den Augen der Herren Bourgeois natürlich nur dann gegeben, wenn die Steuern den Massen aufgebürdet werden. Der Gedanke, die Einkommensteuer durch Vermittelung der Einzelstaaten zu erhöhen, sieht so harmlos aus. Aber der Verdruß schaut gar zu deutlich hervor. In den Einzelstaaten hat die Bourgeoisie das Heft uneingeschränkt in den Händen; sie kann — ungehindert durch proletarischen Einspruch — in aller Gemüthlichkeit sich selbst möglichst freigehalten von der höheren Steuer! Darum die rührende Liebe zu dem „wohlbegründeten System“.

Ausgewiesen weil lästig gefallen. Der Schuhmachergeselle Benzil Douha, 1869 zu Rindemgräß





559 Wollene  
**Schlafdecken**  
 (Normaldecken)  
 Stück 2,50, 3,75, 4,75, 6,25,  
 7,50, 9,50—22 Mk.  
**Wulf & Francksen.**

Größtes Spezialgeschäft für alle Herren- und Knaben-Artikel, sowie alle Unterzeuge etc.  
**Wilhelmshav. Kleiderfabrik Louis Leese,**  
 1 Bismarckstraße 1.  
 Preise anerkannt billig auf jedem Gegenstand mit roth. Zahlen verzeichnet.

Ein Posten  
**Gardinen-Reste**  
 bedeutend unter Preis.  
**Wulf & Francksen.**  
**Gutes Logis**  
 Grenzstraße 82, 1.

**Öffentliche Volks-Versammlung**  
 Sonnabend den 25. Novbr.  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 im Saale des Herrn J. E. Eilers (Centralhalle) zu Heppens.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitagcs in Köln. Referent Genosse Paul Hug aus Bant. 2. Diskussion.  
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
**Der Vertrauensmann**  
 des 2. Oldenburgischen Wahlkreises.

**Wirtschafts-Eröffnung.**  
 Mit Sonnabend den 25. November eröffne ich in meinem Hause Grenz- und Ostfriesenstraßen-Café eine  
**Gastwirthschaft**  
 genannt zum  
**„Bremer Schlüssel“.**  
 Indem ich verpore, neben prompter Bedienung, nur gute Speisen und Getränke meinen werthen Gästen bieten zu wollen, bitte ich ein werthes Publikum um geneigten Zuspruch.  
**K. Hapke.**  
 Neubremen, 22. November 1893

**Blousen!**  
 Große Auswahl in allen modernen Farben und neuesten Facons.  
**H. H. Bührmann,**  
 Wilhelmshaven.  
 Visitenkarten werden in hochfeinster Ausführung angef. in der Buchdruckerei des Nord. Volksbl.

**Fettes Rindfleisch**  
 das Pfund zu 50 Pf., bei Abnahme von 5 Pfund und darüber 45 Pf. empfiehlt  
**Ludwig Janssen,**  
 Neubremen.  
**Zu vermieten**  
 auf sofort oder später eine **Etagen-Wohnung** mit abgeschlossenem Korridor, 3 große Räume; desgleichen eine **Siebel-Wohnung**, 3 große Räume.  
**H. G. Rannau,** Grenzstr. 21.

**Theater in Bant.**  
**Hotel zur Krone.**  
 Sonnabend den 25. November:  
 Reuntes Gastspiel des Berliner Ensembles. (Direktion Scherbarth & Weinholz).  
 Gastspiel des Herrn **Albert Balzer** vom Hoftheater in Sigmaringen.  
**Ruff von der Marine-Kapelle.**  
**Marie**  
 die Tochter des Regiments.  
 Baubeville in 2 Abtheilungen von F. Blum.  
 Kaffeeöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Alles Nähere die Programme.

**Verband deutscher Zimmerleute.**  
 Lokalverband Wilhelmshaven.  
**Freitag den 24. Nov. 1893**  
 Abends 8 Uhr  
**Versammlung**  
 im Lokale des Herrn **Eilers**, Heppens.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.  
 2. Lohnfrage.  
 3. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

Doppeltbreite gezwirnte  
**Buckskins**  
 für Knaben-Anzüge  
 in grau- und braunmelirt, schwere, unzerreißbare Qualität,  
**Meter Mark 2,10.**  
**B. H. Bührmann.**

**Zu vermieten**  
 ein freundliche Familienwohnung auf sofort.  
**H. G. Lüdener,** Bant.

Neuheiten in  
**Kinder-Regen- und Winter-Mäntel**  
 in allen Größen sortirt, zu sehr mäßigen Preisen.  
**B. H. Bührmann,**  
 Wilhelmshaven.

Anfertigung nach Maass  
**Herren- und Knaben-Anzüge, Herren- und Knaben-Winter-Ueberzieher**  
 sowie Havelocks, Schwaloffs, Hohenzollern-Mäntel, Kaiser-Mäntel,  
**einzelne Jackets, Hosen und Westen.**  
 Besonders empfehle mein großes Lager in Herren- u. Knaben-Hüten und Winter-Mützen,  
**Preise billigst! Pelzmützen aller Art. Größte Auswahl!**  
**August Holthaus, Neustrasse 16.**  
 in kürzester Zeit.

**Wulf & Francksen**  
 Ausstellung fertiger Betten.

Ein Posten  
**einzelner Feder-Kopf-Kissen**  
 bedeutend unter Preis.